

Verband des Bündner Staatspersonals
Federaziun dal personal dal chantun Grischun
Associazione del personale statale dei Grigioni



Jahresbericht 2009

Selbstverständlich ist nichts!

Vorwort des Präsidenten



Das Bündner Staatspersonal, aber auch der VBS, dürfen auf ein erfreuliches Jahr zurückblicken. Anfang 2009 ist dem Staatspersonal der volle Teuerungsausgleich gewährt worden. Ebenso sind die Nacht-, Sonntags- und Schichtdienstzulagen erhöht worden. Überdies kam das Staatspersonal ab April in den Genuss einer Realloohnerhöhung von zwei Prozent.

Auch im Vorsorgebereich hat sich einiges bewegt. Verbessert worden ist vor allem die Lebenspartnerrente. Zudem erhalten die Hinterbliebenen von Mitarbeitenden neu ein einmaliges Todesfallkapital von 25'000 Franken und für Mitarbeitende im oberen Einkommensbereich ist ein zusätzlicher Sparplanausbau eingeführt worden.

Für diese Verbesserungen im Personal- und Pensionskassenbereich danke ich dem Grossen Rat und der Regierung. Selbstverständlich sind diese Errungenschaften aber nicht. Darauf hat der VBS beharrlich hingewirkt. Deshalb ist es wichtig, das Staatspersonal unter dem Dach des VBS zu vereinigen. Als Sozialpartner ernst genommen werden nur mitgliederstarke Verbände, ausgestattet mit der nötigen Fachkompetenz und mit Augenmass für das Machbare.

Dieses Jahr steht mit der Revision und Umsetzung der analytischen Funktionsbewertungen ein weiteres, wichtiges Projekt an. Um die Interessen des Personals wirksam vertreten zu können, ist der VBS auf die Unterstützung aller Mitarbeitenden angewiesen. Setzen Sie daher ein Zeichen und motivieren Sie Ihre Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen zu einem Beitritt zum VBS! Verbesserungen der Arbeitsbedingungen können nur gemeinsam erreicht werden, denn - wie einleitend bemerkt - selbstverständlich ist nichts!

Schiers, 4. März 2010

Gion Cotti, Präsident VBS

Prioritäre Sachgeschäfte

2

I. Verbesserungen im Personalbereich

● *Teuerungsausgleich.* Im massgebenden Zeitraum von November 2008 bis November 2009 war kein Teuerungsanstieg zu verzeichnen. Demzufolge war für das Jahr 2010 keine Teuerung auszugleichen. Eine Einigung mit der Regierung konnte jedoch bezüglich der Praxis bei der Gewährung des Teuerungsausgleichs erzielt werden.

Der VBS hat wiederholt die Auffassung vertreten, dass die bisher von der Regierung gehandhabte Praxis bezüglich des Teuerungsausgleichs rechtlich teilweise nicht haltbar ist. Konkret ging es darum, dass die Regierung in den vergangenen Jahren die nicht ausgeglichene Teuerung jeweils umgehend abgeschrieben hat, anstatt diese auf die nachfolgenden Jahre zu übertragen. Auf eine entsprechende Anfrage des VBS Ende 2008 erklärte die Regierung abermals, dass sie an ihrer Praxis festhalten werde. Aufgrund dieser Sachlage hat der VBS ein Rechtsgutachten zu den strittigen Fragen eingeholt. Im Rahmen dieses Gutachtens ist die Rechtsauffassung des VBS im Wesentlichen bestätigt worden.

In der Folge war der VBS bestrebt, die bestehenden Differenzen mit der Regierung einvernehmlich auszuräumen. Anfang November konnte denn auch eine Einigung erzielt werden. Demzufolge werden die Regierungsbeschlüsse betreffend den Teuerungsausgleich neu so abgefasst, dass eine allfällig nicht gewährte Teuerung vorgetragen wird. Laut Personalrecht darf die Regierung nämlich in Zeiten schwacher Wirtschaftslage und angespannter Kantonsfinanzen vom Grundsatz des vollen Teuerungsausgleichs abweichen. Neu wird die Regierung aber erst zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob die vorgetragene Teuerung tatsächlich abgeschrieben oder später ganz oder teilweise wieder in den Grundlohn eingebaut wird. Aufgrund dieser neuen Praxis hat die Regierung somit den nötigen Handlungsspielraum, um bei einer Erholung der Wirtschaftslage oder der Kantonsfinanzen die vorgetragene Teuerung später wieder auszugleichen.

● *Realloohnerhöhung, Todeskapitalversicherung und Sparplanausbau.* Der Grosse Rat hat - nebst dem vollen Teuerungsausgleich für das Jahr 2009 - im Rahmen des letztjährigen Budgets noch weitere Verbesserungen im Personalbereich genehmigt. In der Dezember-Session 2008 hat der Rat dem Staatspersonal eine Realloohnerhöhung von 2 Prozent zugestanden. Die entsprechende Teilrevision des Personalgesetzes hat die Regierung - nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist - auf Anfang April in Kraft gesetzt.

Ausgehend von den Beschlüssen des Grossen Rates hat die Regierung Anfang August eine Teilrevision der kantonalen Personalverordnung beschlossen. Gegenstand dieser Teilrevision bildeten die Einführung einer Todeskapitalversicherung und ein Sparplanausbau im oberen Einkommensbereich. Mit der Todeskapitalversicherung werden die Hinterbliebenen von Mitarbeitenden mit einer einmaligen Kapitalauszahlung finanziell unterstützt. Das entsprechende Todesfallkapital beträgt 25'000 Franken, und die Prämie für diese Versicherung trägt der Kanton. Der Sparplanausbau für obere Einkommen sieht für die entsprechenden Mitarbeitenden einen zusätzlichen Sparanteil vor. Mit diesen beiden Massnahmen ist die berufliche Vorsorge für die Mitarbeitenden des Kantons angemessen verbessert worden.

2. Lebenspartnerrente

In der Juni-Session 2007 hat der Grosse Rat einen Auftrag zur Überprüfung der Lebenspartnerrente einstimmig überwiesen. Für diese Überweisung hat sich dannzumal auch der VBS ausgesprochen. Bereits im Rahmen des im Jahre 2005 erlassenen Pensionskassengesetzes ist eine Lebenspartnerrente für Konkubinatspaare eingeführt worden. Eine entsprechende Rente wurde aber nur unter teilweise restriktiven Bedingungen dem überlebenden Lebenspartner einer versicherten Person ausbezahlt. Diese Voraussetzungen sind im Interesse der Betroffenen anlässlich der Teilrevision des kantonalen Pensionskassengesetzes im Jahre 2009 gelockert worden.

Bisher war der überlebende Konkubinatspartner dem verwitweten Ehegatten nur gleichgestellt, wenn die versicherte Person ihn vor ihrem Ableben in erheblichem Masse unterstützt hatte. Dieses Erfordernis ist ersatzlos fallengelassen worden. Damit entfällt auch die Pflicht zur Einreichung eines Unterstützungsvertrags. Neu hat die versicherte Person der Pensionskasse nur noch die anspruchsberechtigte Person mitzuteilen. Für die Anspruchsberechtigung war sodann bis anhin eine fünfjährige Lebensgemeinschaft im gleichen Haushalt erforderlich. Neu entfällt diese Voraussetzung, wenn die überlebende Person für den Unterhalt mindestens eines gemeinsamen Kindes aufkommt.

Mit der Teilrevision des kantonalen Pensionskassengesetzes konnte - wie vom VBS bereits im Jahre 2006 gefordert - eine Besserstellung der Konkubinatspaare im Vorsorgebereich erreicht werden. Nicht zu befriedigen vermag, dass die Partnerrente lediglich 75 Prozent der Ehegattenrente beträgt. Im Rahmen der Steuerharmonisierung erfolgten nämlich sowohl auf Bundesebene als auch auf kantonaler Ebene Anpassungen, welche die steuerliche Belastung doppelverdienender Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren weitgehend aufheben. Zudem sind eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften hinsichtlich der Pensionskassenregelung seit Anfang 2007 den Ehepaaren gleichgestellt. Aufgrund dieser Entwicklung ist die heutige Reduktion der Lebenspartnerrente eindeutig zu hoch. Der VBS erachtet nach wie vor eine kompensatorische Reduktion von höchstens 15 Prozent gerade noch als vertretbar. Demzufolge wäre die Lebenspartnerrente unter Berücksichtigung der Plafonierung der Altersrenten der AHV für Ehepartner auf mindestens 85 Prozent der Ehegattenrente festzulegen. An dieser Forderung hält der VBS weiterhin fest.

3. Immobilienstrategie des Kantons

- *Lösungsvorschläge der Regierung.* Die Regierung hat Ende September den Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons verabschiedet. Demzufolge soll - nach der teilweise realisierten Zusammenlegung von kantonalen Verwaltungseinheiten in den Regionen - auch eine Standortkonzentration in Chur erfolgen. Die Regierung empfahl daher dem Grossen Rat, den überwiegenden Teil der in Chur tätigen Kantonsverwaltung in einem Neubau auf dem ehemaligen Kasernenareal zusammenzufassen.

In ihrer Botschaft an den Grossen Rat hat die Regierung das Projekt „synergia“ bevorzugt. Gemäss diesem Projekt soll ein Grossteil der dezentral über das ganze Stadtgebiet verstreut

untergebrachten Verwaltung in einem neu zu erstellenden Verwaltungsgebäude mit rund 725 Arbeitsplätzen auf dem Kasernenareal untergebracht werden. Die nicht mehr benötigten kantons-eigenen Liegenschaften würden schrittweise veräussert und bestehende Mietverhältnisse aufgelöst. Bei einer Umsetzung dieses Projekts rechnet die Regierung bei Nettoinvestitionen von rund 50 Mio. Franken bzw. Bruttoinvestitionen von rund 88 Mio. Franken mit jährlichen Betriebseinsparungen von 1,8 bis 2,2 Mio. Franken. Der Bezug dieses neuen Verwaltungsgebäudes könnte voraussichtlich Ende 2014 erfolgen.

Im Sinne einer zweiten Variante hat die Regierung in ihrer Botschaft auch die Möglichkeit aufgezeigt, die 44 bisherigen Standorte der Kantonsverwaltung in Chur nach Prioritäten geordnet in drei Neubauten zusammenzufassen. Mit dieser Vorgehensweise könnten die anvisierten Immobilienziele ebenfalls vollständig erfüllt werden. Dies jedoch erst in rund 15 Jahren und zu einem erheblich höheren Gesamtpreis.

In einer dritten Umsetzungsvariante hat die Regierung sodann Lösungen aufgezeigt, wie eine betriebliche Optimierung durch einzelne Zusammenlegungen in eigenen und gemieteten Bauten erreicht werden könnte. Die hohe Anzahl an Standorten der Verwaltung liesse sich allerdings nach Auffassung der Regierung bei dieser Variante nur in bescheidenen Rahmen reduzieren. Das Ziel einer Flächenreduktion, verbunden mit entsprechenden Kosteneinsparungen, könnte damit nicht erreicht werden.

- *Beschluss des Grossen Rates.* Der Grosse Rat hat den Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons in der Dezember-Session 2009 beraten. Dabei hat sich der Grosse Rat mit deutlichem Mehr für das Projekt „synergia“ ausgesprochen, dies allerdings mit der Möglichkeit der Etappierung. Im Rahmen der Baubotschaft hat die Regierung dem Grossen Rat demzufolge das Hauptprojekt als Ganzes vorzulegen. Etappiert werden kann hingegen die Realisierung des Gesamtprojekts. Mit diesen strategischen Vorgaben hat der Grosse Rat die nötige Weichenstellung im Hinblick auf die weitere Umsetzung der Immobilienstrategie vorgenommen.

- *Fazit.* Bei der Immobilienstrategie steht - wie der Grosse Rat und die Regierung verschiedentlich betont haben - die Erstellung eines mitarbeiterfreundlichen Verwaltungsgebäudes mit modernen Arbeitsplätzen im Vordergrund. Bei dieser Aussage wird der VBS den Grossen Rat und die Regierung behaftet.

Die Festlegung der strategischen Vorgaben im Immobilienbereich ist klarerweise eine Aufgabe der Politik. Bei der Umsetzung dieser Vorgaben sind jedoch berechnigte Anliegen der Mitarbeitenden zu berücksichtigen. Der VBS als mitgliederstärkster Verband des öffentlichen Dienstes im Kanton Graubünden ist daher bei diesem Sachgeschäft einzubeziehen. Dies gilt bereits mit Blick auf die Ausarbeitung der Baubotschaft. Erst wenn diese Botschaft vorliegt, wird der Vorstand eine abschliessende Haltung zu diesem Sachgeschäft einnehmen.

4. Volksabstimmung über die IV-Zusatzfinanzierung

Der VBS hat die Bundesvorlage für eine Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV-Zusatzfinanzierung) befürwortet. Diese Anpassung der Bundesverfassung sah vor, die Mehrwert-

steuersätze zu Gunsten der Invalidenversicherung ab 2011 für 7 Jahre massiv zu erhöhen. Die Schulden der Invalidenversicherung sind nämlich auf derart schwindelerregende Beträge angestiegen, dass die Existenz der IV bedroht ist. Zusätzliche Einnahmen waren daher unumgänglich. Allein durch Sparmassnahmen hätte das Defizit der IV nicht ausgeglichen werden können. In diesem Fall hätten die Renten mittelfristig um rund 40 Prozent gekürzt werden müssen. Ein solches Vorgehen wäre sozial unverantwortlich gewesen, weil eine durchschnittliche Rente lediglich 1'600 Franken pro Monat beträgt. Die Zusatzfinanzierung war daher unerlässlich, um solche einschneidende und unverantwortliche Kürzungen zu vermeiden.

Eine Ablehnung der Vorlage hätte aber auch die AHV gefährdet. Die Aushöhlung des AHV-Vermögens durch die IV-Defizite wäre nämlich nicht gestoppt worden. In rund zehn Jahren hätte die AHV daher die Zahlung ihrer Renten nicht mehr garantieren können. Eine Ablehnung der Vorlage hätte somit sowohl die IV- als auch die AHV-Renten gefährdet. Diese Argumente der Befürworter konnten Volk und Stände überzeugen. Anlässlich der Abstimmung vom 27. September 2009 haben rund 55 Prozent der Stimmberechtigten und 13 Kantone der IV-Zusatzfinanzierung zugestimmt. Auch Graubünden hat die Vorlage mit einem Mehr von rund 57 Prozent erfreulicherweise befürwortet.

5. Referendum gegen den Rentenabbau (BVG-Revision)

Abgelehnt hat der VBS die Vorlage über die Senkung des Umwandlungssatzes bei der beruflichen Vorsorge. Bereits mit der ersten BVG-Revision ist nämlich eine schrittweise Senkung dieses Satzes von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent bis 2014 beschlossen worden. Auf Druck der Lebensversicherer hat der Bundesrat im Jahre 2006 eine weitere Senkung auf 6,4 Prozent vorgeschlagen. Gemäss Parlament soll dieser zweite Schritt bis 2015 vollzogen werden. Bei einem Altersguthaben von 100'000 Franken betrug die Rente vor der ersten BVG-Revision noch 7'200 Franken. Bei einer Annahme der zweiten BVG-Revision würde diese Rente auf 6'400 Franken sinken.

Unser Sozialstaat ist aufgrund der demografischen Entwicklung im Umbruch. Im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung steigt die Anzahl Rentnerinnen und Rentner. Dieser Erkenntnis kann sich auch der VBS-Vorstand nicht verschliessen. Ein System, welches im Vorsorgebereich der heute erwerbstätigen Generation immer mehr finanzielle Lasten mit der Aussicht auf weniger Leistungen aufbürdet, ist aber keine zielführende Lösung. Gleiches gilt für den in den letzten Jahren immer häufiger vorenthaltenen Teuerungsausgleich auf den Altersrenten. Unser Sozialstaat muss umgebaut und nicht abgebaut werden. Solche grundsätzliche Überlegungen hat die Mehrheit des Parlaments nicht angestellt. Sie hat den vermeintlich einfacheren Weg der Rentenkürzungen gewählt. Weniger Rente bei gleich hohen Lohnabzügen wie bisher - das ist mindestens im heutigen Zeitpunkt nicht zu begründen. Daher hat sich der VBS-Vorstand für eine Ablehnung der von der Parlamentsmehrheit beschlossenen Rentenkürzungen ausgesprochen.

Ressorts

6

Neben den vorerwähnten, prioritären Sachgeschäften waren im Berichtsjahr auch zahlreiche ressortspezifische Sachgeschäfte zu behandeln. Das **Ressort Recht und Versicherungen** hat in acht Fällen Verbandsmitglieder beraten. Diese Beratungen betrafen hauptsächlich personalrechtliche Fragen.

Das **Ressort Veranstaltungen** hat - neben der ordentlichen Generalversammlung - auch den Pensioniertenausflug organisiert. Dieser fand Mitte September statt und führte mit dem Postauto bis Walenstadt, von dort mit dem Schiff nach Weesen, und weiter mit dem Postauto und der Gondelbahn zum Bergrestaurant „Ampächli“ in Elm. An diesem Anlass mit attraktivem Rahmenprogramm nahmen rund 260 Personen teil.

Das **Ressort Dienstleistungen** kümmert sich unter anderem darum, dass die Verbandsmitglieder von Vergünstigungen und Rabatten bei Geschäften, Versicherungen und Banken profitieren können. Auch diesbezüglich hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise negative Auswirkungen. So konnten mehrere Rabattgeber nur nach intensiven Verhandlungen von einer Kündigung ihres Angebots abgehalten werden. Insgesamt entspricht aber das Angebot - mit einer Ausnahme - trotz dieses schwierigen Umfelds dem Stand des Vorjahres. Zudem konnten die Druckkosten für die Rabattliste wiederum durch Inserate von Rabattgebern gedeckt werden. Einzelne Rabattgeber leisten durch Sponsoring überdies einen Beitrag an die Mitgliederversände. Die Rabattliste wird aus Kostengründen jährlich nur einmal gedruckt. Anpassungen der Liste während des Jahres werden jedoch laufend auf der Homepage des VBS (www.vbsgr.ch) publiziert.

Das **Ressort Werbung/Homepage** hat im Vorfeld der letztjährigen Generalversammlung mit einem Mailversand eine erfolgreiche Mitglieder-Werbeaktion durchgeführt. Zudem hat das Ressort die nötigen Vorarbeiten im Hinblick auf eine weitere, für Anfang 2010 vorgesehene Werbeaktion geleistet. Im Bereich Homepage erfolgen Anmeldungen von Neumitgliedern, aber auch die Anmeldungen für den Pensioniertenausflug, mittlerweile überwiegend elektronisch über die entsprechenden Eingabeformulare. Dies unterstreicht die grosse Bedeutung der Homepage für die verbandsinterne und die externe Kommunikation. Die Homepage wird daher laufend aktualisiert.

Das **Ressort Kommunikation** verfolgte auch im Berichtsjahr das Ziel, die Standpunkte des VBS in der Öffentlichkeit überzeugt darzulegen. Ebenso sind die Verbandsmitglieder im Rahmen der ZV-Informationen und via Internet laufend über das Verbandsgeschehen informiert worden.

Im Berichtsjahr ist neu das Ressort „**Pensioniertenwesen**“ geschaffen worden. Das Ziel dieses Ressorts besteht darin, im Vorstand die Anliegen der Pensionierten zu vertreten. In diesem Sinn hat das Ressort verbandsintern massgeblich bei den Abstimmungskampagnen über die IV-Zusatzfinanzierung und das BVG-Referendum mitgewirkt. Eine wichtige Aufgabe des neu geschaffenen Ressorts ist aber auch die Kontaktpflege zu Seniorenorganisationen.

Finanzen

I. Jahresrechnung Schlussbilanz per 31.12.2009

7

Konto		SOLL	HABEN
	AKTIVEN		
1001	Postkonto	21'996.22	
1011	PC Deposito-Konto	20'018.20	
1012	Sparkonto GKB	32'007.03	
1020	Wertschriften	55'696.41	
1030	Guthaben Verrechnungssteuer	305.50	
	Total	130'023.36	
	PASSIVEN		
2090	Verpflichtungskonto		19'723.00
2100	Kapital		92'519.23
	Total		112'242.23
	Gewinn per 31.12.2009		17'781.13
	Total	130'023.36	130'023.36

Erfolgsrechnung pro 2009

Konto		SOLL	HABEN
	AUFWAND		
4000	Verbandsbeiträge	17'917.00	
4010	Vorstand	10'000.00	
4020	Versammlungen / Sitzungen	8'318.80	
4021	Reisespesen	98.20	
4030	Drucksachen / Büromaterial	8'668.05	
4040	Portokosten	3'357.05	
4050	Bank- / Postspesen	734.04	
4060	Gerichts- und Anwaltskosten	2'866.45	
4090	Pensioniertenausflug	29'980.90	
4100	Steuern	273.00	
4200	Sekretariat	12'440.20	
4201	Internetauftritt	17.00	
4300	Rechtsschutzversicherung	9'528.95	
4900	Sonstiger Aufwand	1'120.00	
	Total	105'319.64	
	ERTRAG		
6000	Mitgliederbeiträge Aktive		62'955.00
6001	Mitgliederbeiträge Pensionierte		15'642.00
6004	Beiträge Pensioniertenausflug		27'050.00
6200	Kapitalzinsen		1'314.00
6300	Sonstige Erträge		6'760.50
6400	Wertschriftengewinne		9'379.27
	Total		123'100.77
	Gewinn per 31.12.2009	17'781.13	
	Total	123'100.77	123'100.77

2. Revisorenbericht 2009

In Ausübung unseres Mandats haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung 2009 des Verbands des Bündner Staatspersonals (VBS) geprüft. Aufgrund unserer Kontrolle können wir bestätigen, dass:

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit den Buchungsbelegen übereinstimmen,
- die Buchhaltung sauber und ordnungsgemäss geführt ist,
- die Aktiven und Passiven vollständig ausgewiesen sind.

Die Jahresrechnung schliesst wie folgt ab:

	Rechnung 2009	Budget 2009
Ertrag	Fr. 123'100.77	Fr. 83'700.00
Aufwand	Fr. 105'319.64	Fr. 88'100.00
Gewinn	Fr. 17'781.13	
Verlust		Fr. 4'400.00

Das **Verbandsvermögen** beträgt per 31. Dezember 2009 **Fr. 110'300.36**.

Die Bewältigung der Aufgaben des Verbands verlangt stets grossen Einsatz und eine hohe Kompetenz seitens der verantwortlichen Organe. Wir können aufgrund unserer Prüfung bestätigen, dass die angefallenen Geschäfte sowohl seitens des Vorstands als auch des Sekretariats pflichtbewusst und fachmännisch erledigt worden sind. Besten Dank für die geleistete Arbeit.

Wir beantragen der Generalversammlung, die Jahresrechnung 2009 zu genehmigen und die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zu entlasten.

Chur, 28. Januar 2010

Die Rechnungsrevisoren

Prisca Sgier Albino Plozza

3. Voranschlag**Rechnung 2008****Budget 2009**

	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Mitgliederbeiträge		78'615.00		80'000.00
Pensioniertenausflug		27'870.00		
Kapitalzinsen		1'120.10		700.00
Sonstige Erträge		6'984.70		3'000.00
Wertschriftengewinne		92.50		
DV ZV 2011 / Spons.				
Verbandsbeiträge	23'052.00		24'000.00	
Vorstand	8'619.60		8'000.00	
Versammlungen	9'311.90		9'000.00	
Reisespesen	98.00		800.00	
DV ZV 2011				
Drucksachen	8'561.80		9'000.00	
Portokosten	1'892.10		2'000.00	
Post- / Bankspesen	807.15		800.00	
Gerichts/Anwaltskost.			4'000.00	
VBS Mitgliedertreffen	719.80		1'500.00	
Pensioniertenausflug	31'548.25		1'000.00	
Steuern	355.80		500.00	
Sekretariat	11'544.55		12'000.00	
Internetauftritt	593.00		500.00	
Rechtsschutzvers.	9'925.45		12'000.00	
Sonstiger Aufwand	926.10		1'000.00	
Werbung			1'500.00	
Wertschriftenverlust	12'210.20		500.00	
Mehreinnahmen				
Mehraufwand		5'483.40		4'400.00
	120'165.70	120'165.70	88'100.00	88'100.00

Rechnung 2009		Budget 2010		Budget 2011	
Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	78'597.00		80'000.00		80'000.00
	27'050.00		30'000.00		30'000.00
	1'314.00		700.00		1'000.00
	6'760.50		3'000.00		3'000.00
	9'379.27		2'000.00		2'000.00
					10'000.00
17'917.00		19'000.00		19'000.00	
10'000.00		10'000.00		10'000.00	
8'318.80		9'000.00		9'000.00	
98.20		800.00		800.00	
				10'000.00	
8'668.05		9'000.00		9'000.00	
3'357.05		2'000.00		3'000.00	
734.04		800.00		800.00	
2'866.45		5'000.00		5'000.00	
		1'500.00		1'500.00	
29'980.90		30'000.00		33'000.00	
273.00		500.00		500.00	
12'440.20		12'500.00		13'000.00	
17.00		500.00		500.00	
9'528.95		10'000.00		10'000.00	
1'120.00		1'000.00		1'000.00	
		1'500.00		2'000.00	
17'781.13		2'600.00			
					2'100.00
123'100.77	123'100.77	115'700.00	115'700.00	128'100.00	128'100.00

4. Bemerkungen zur Jahresrechnung 2009 und zum Voranschlag 2011

Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit einem Gewinn von rund 18'000 Franken ab. Veranschlagt worden waren Mehrausgaben von rund 4'400 Franken.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist hauptsächlich auf den Wertschriftengewinn von rund 9'400 Franken zurückzuführen. Der Vorstand hat im Jahre 2008 nominal rund 60'000 Franken in Anlagefonds der Graubündner Kantonalbank angelegt. Ende 2008 resultierte daraus aufgrund der Marktbewertung ein Buchverlust von rund 12'000 Franken. Mit dem Buchgewinn von rund 9'400 Franken, welcher von der Kantonalbank wiederum aufgrund der aktuellen Marktbewertung per Ende 2009 ermittelt worden ist, wird der Verlust des Vorjahres beinahe wettgemacht. Mehreinnahmen von rund 3'800 Franken resultierten sodann bei der Position „Sonstige Erträge“. Massgebend für dieses Ergebnis waren hauptsächlich Provisionen verschiedener Versicherungen.

Auf der Ausgabenseite verminderten sich die Beiträge des VBS an den Zentralverband um rund 6'000 Franken. Dies ist auf das vom Zentralverband neu eingeführte Beitragsmodell zurückzuführen. Minderausgaben von rund 2'500 Franken waren aber auch bei der Position „Rechtsschutzversicherung“ zu verzeichnen. Zwischenzeitlich sind nämlich zahlreiche ZV-Sektionen der Kollektiv-Rechtsschutzversicherung beigetreten. Dadurch sinken die Beiträge pro versichertes Mitglied.

Der Voranschlag 2011 ist auf Grundlage der Jahresrechnung 2009 erstellt worden und sieht Mehrausgaben von rund 2'100 Franken vor. Im Jahre 2011 organisiert der VBS die Delegiertenversammlung des ZV. Diese Kosten werden vom ZV übernommen. Der VBS hat hierfür zusätzlich einen Betrag von 10'000 Franken budgetiert. Diese Kosten können aller Voraussicht nach durch Beiträge Dritter und Sponsoring gedeckt werden.

Mitgliederbestand, Organisation und Kommissionen

I. Mitgliederbestand

Der VBS zählte Ende 2009 rund 1'870 Mitglieder. Damit hat der Mitgliederbestand im Vergleich zum Vorjahr erneut abgenommen. Mit mehreren gezielten Werbeaktionen soll daher die Mitgliederzahl dieses Jahr wieder angehoben werden.

Im Rahmen der Revision der Verbandsstatuten ist im Berichtsjahr neu der Status einer Passivmitgliedschaft eingeführt worden. Passivmitglieder werden alle Aktivmitglieder, welche ihre Tätigkeit im öffentlichen Dienst aufgeben, noch nicht pensioniert sind und nicht ausdrücklich aus dem VBS austreten. Passivmitglieder profitieren - mit Ausnahme der Rechtsschutzversicherung - von allen Vergünstigungen des VBS. Dazu gehören insbesondere die Krankenkassenprämien und Hypothekendarlehen.

Wer im Jahre 2009 Passivmitglied werden wollte, brauchte vorderhand nichts zu unternehmen. Dem ersten Mitgliederversand im Jahre 2010 wird nämlich ein Mutationsformular beigelegt. Auf diesem Formular kann die Passivmitgliedschaft dann registriert werden. Die Anzahl der Passivmitglieder wird daher erstmals im Jahresbericht 2010 separat erhoben. Anzumerken bleibt noch, dass der Jahresbeitrag für Aktiv- und Passivmitglieder gleich hoch ist und 45 Franken beträgt.

Mitgliederbestand	31. Dezember 2009	31. Dezember 2008
Aktivmitglieder	1'379	1'418
Pensionierte Mitglieder	485	466
Ehrenmitglieder	4	4
Total	1'868	1'888

2. Ehrenmitglieder

- Martin Accola, Präsident von 1986 - bis GV 1991
- Anton Meuli, Präsident von 1953 - bis GV 1962
- Albert Vanoni, Präsident von 1991 - bis GV 2000
- Georg Zimmermann, Präsident von 1979 - bis GV 1986

3. Vorstand

Seit der letzten Generalversammlung vom 4. Mai 2007 setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

<i>Funktion / Name</i>	<i>Ressort</i>	<i>Dienststelle und Funktion</i>
<u>Präsident</u>		
Gion Cotti	Kommunikation	Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, juristischer Mitarbeiter
<u>Vizepräsident</u>		
Andreas Cabalzar	Stabsfunktion	Amt für Natur und Umwelt, Abteilungsleiter Natur und Landschaft
<u>Mitglieder</u>		
● Richard Atzmüller	Dienstleistungen	Amt für Raumentwicklung, Leiter Abteilung Richtplanung und Grundlagen
● Maria Pfister	Finanzen	Amt für Justizvollzug, Justizvollzugsanstalt Realta, Leiterin Verwaltung / Ökonomie
● Josef Senn	Pensioniertenwesen	Senior
● Peter Stirnimann	Werbung und Homepage	Tiefbauamt, Leiter Technischer Dienst / Langsamverkehr
● Reinhard Stoffel	Veranstaltungen	Tiefbauamt, Abteilung Strassenbau, Zeichner-Konstrukteur
● Marco Wieland	Recht und Versicherungen	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutz-departement, Leiter Rechtsdienst

Die Protokolle der Vorstandssitzungen bzw. der Generalversammlung werden abwechselungsweise von Maria Pfister und Marco Wieland verfasst.

4. Sekretariat

Das Sekretariat wird in Teilzeitarbeit von Elsbeth Cabalzar-Schellenberg geleitet. Zu den Aufgaben des Sekretariats gehören hauptsächlich das Führen der Verbandsbuchhaltung, das Erledigen des Zahlungs- und Rechnungswesens sowie die Adressverwaltung der Mitglieder, das Melden von Mitgliedermutationen an den Zentralverband und der Versand der Mitgliederausweise, Rechnungen und weiterer Unterlagen an die Neumitglieder. Zudem ist das Sekretariat zuständig für den Telefon- und E-Mail-Verkehr des VBS und die Verwaltung des Materialbestands. Administrativ ist das Sekretariat dem Präsidenten und fachtechnisch der Finanzchefin unterstellt.

5. Rechnungsrevisoren

Für die laufende Amtsperiode hat die Generalversammlung folgende Revisorinnen bzw. folgenden Revisor gewählt:

- Therese Braschler, Stv. Leiterin Administration beim Amt für Wald
- Albino Plozza, ehemaliger Adjunkt beim Landwirtschaftsamt
- Prisca Sgier, Steuerkommissärin bei der kantonalen Steuerverwaltung

6. Kommissionen

In der kantonalen Personalkommission ist der VBS mit drei Mitgliedern vertreten. In diesem Gremium nehmen als Vertreter des VBS Richard Atzmüller, Gion Cotti und Peter Stirnimann Einsitz. Als stellvertretende Mitglieder amten Maria Pfister und Marco Wieland.

Im Berichtsjahr hat das Personalamt die Arbeiten zur Revision der analytischen Funktionsbewertung aufgenommen. Bei diesem Projekt ist auch dem VBS die Möglichkeit zur Mitwirkung eingeräumt worden. Als Vertreter des VBS hat der Vorstand Peter Stirnimann bezeichnet.

In der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse vertritt Andreas Cabalzar die Interessen des Personals. Gleichzeitig amtet er als Vizepräsident der Kommission.

Zusammenarbeit mit dem Zentralverband und anderen Personalverbänden

16

1. Zentralverband

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Staats- und Gemeindepersonal Schweiz fand Mitte Mai in Ennenda im Kanton Glarus statt. Ende Oktober hat der Zentralverband in Brunnen die jährliche Fachtagung abgehalten. Thema dieser Tagung bildete das Personalvertretungsrecht.

Im Jahre 2011 wird die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes - unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Delegiertenversammlung - in Graubünden stattfinden. Diesen Anlass wird der VBS organisieren.

2. Bündner und Glarner ZV-Sektionen

Die Präsidentenkonferenz der Bündner und Glarner ZV-Sektionen fand Ende Oktober in Davos statt. Schwerpunkte dieses Meinungsaustauschs bildeten die vom Bündner Grossen Rat und der Bündner Regierung beschlossenen Verbesserungen im Personalbereich, das BVG-Referendum, die Umsetzung der Gemeindereform im Kanton Glarus sowie die Lohnverhandlungen 2010. Angesprochen wurden aber auch die Schwierigkeiten, vakante Sitze in den Verbandsorganen wieder neu zu besetzen. Diesbezüglich ist der VBS für eine engere Zusammenarbeit mit den Bündner ZV-Sektionen offen. Dieser Anstoss muss aber von den betreffenden ZV-Sektionen selber ausgehen. Erst dann kann der VBS über die Modalitäten einer Zusammenarbeit oder Fusion verhandeln.

Neben der Präsidentenkonferenz wurde das Verhältnis zwischen den Bündner und Glarner ZV-Sektionen aber auch bei anderen Treffen, namentlich durch den gegenseitigen Besuch der Generalversammlungen, gepflegt und gefördert.

102. Generalversammlung des VBS

Protokoll der 102. Generalversammlung des Vereins des Bündner Staatspersonals vom 27. März 2009, 18:00 Uhr bis 19:45 Uhr, im Hotel Marsöl in Chur

1. Begrüssung

Präsident Gion Cotti eröffnet um 18:00 Uhr die 102. Generalversammlung des VBS und begrüsst die Mitglieder und Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Einen besonderen Gruss richtet er an Regierungsrat Claudio Lardi, Willi Berger, Direktor der Kantonalen Pensionskasse und Werner Finck, Vorsteher des Personalamtes. Weiter gibt Gion Cotti bekannt, dass sich Vorstandsmitglied Peter Stirnimann, ZV-Präsident Urs Stauffer, ZV-Ehrenmitglied Rudolf Mittner, VBS-Ehrenmitglied Anton Meuli, Elsbeth Cabalzar-Schellenberg, Leiterin des VBS-Sekretariats, sowie weitere Vereinsmitglieder und Gäste für die heutige Generalversammlung entschuldigt haben.

Die persönliche Einladung zur 102. Generalversammlung wurde allen Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Die Generalversammlung ist somit beschlussfähig. Anträge von Mitgliedern betreffend die Traktandenliste sind keine eingegangen und die vom Vorstand vorgeschlagene Traktandenliste wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

2. Wahl der Stimmezähler

Als Stimmezähler wird Marco Wieland vorgeschlagen und gewählt.

3. Protokoll der Generalversammlung 2008

Das Protokoll der 101. Generalversammlung vom 14. März 2008 ist im Jahresbericht aufgeführt. Dieser Bericht wurde allen Mitgliedern zugestellt und das Protokoll konnte dort eingesehen werden. Die Anwesenden werden angefragt, ob Ergänzungen oder Erläuterungen gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall und das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident dankt Protokollführer Franco Giacometti für seine Arbeit.

4. Jahresbericht

Zusammen mit der Einladung ist auch der Jahresbericht, den der Präsident verfasst hat, den Mitgliedern zugestellt worden. In seinen ergänzenden Ausführungen geht der Präsident vorweg auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Die Bewältigung dieser Krise erfordert laut Gion Cotti ein schrittweises und nach klaren Prioritäten festgelegtes Vorgehen. In einem ersten Schritt muss der Staat gemeinsam mit den Sozialpartnern möglichst rasch die Krise bewältigen. In einem zweiten Schritt sind die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit sich eine solche Finanzkrise nicht wiederholen kann. Nötig sind hierfür klare Rahmenbedingungen durch den Staat. Verbessert werden muss vor allem die Finanzmarktaufsicht. Notwendig ist aber auch eine Stärkung der Aktionärsrechte. In einem dritten Schritt sind sodann die straf- und zivilrechtlichen Verantwortlichkeiten für die aktuelle Finanzkrise aufzuarbeiten. In

der Schweiz dürften entsprechende Klagen - im Gegensatz zu den USA - aufgrund weniger griffiger Rechtsnormen aber wenig Aussichten auf Erfolg haben.

Als erfreulich wertet der Präsident die erreichten Verbesserungen im Personalbereich. Mit der Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs für das Jahr 2009, der vom Grossen Rat beschlossenen Realloohnerhöhung von 2 Prozent und der Erhöhung der Nacht-, Sonntags- und Schichtdienstzulagen hat der VBS ein wichtiges Zwischenziel erreicht. In einem zweiten Schritt gilt es, die Lohnrevision bzw. die analytischen Funktionsbewertungen, die neue Todesfall-Kapitalversicherung und den Sparplanausbau für Dienststellenleitende entsprechend dem Zeitplan der Regierung umzusetzen. Für den VBS ist es nämlich von zentraler Bedeutung, dass die Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt - auch im interkantonalen Vergleich - künftig nicht noch mehr abnimmt. Das von der Regierung vorgesehene Massnahmenpaket im Personalbereich ist daher gesamthaft umzusetzen. Dafür und für weitere Verbesserungen wird sich der VBS auch künftig mit Nachdruck einsetzen.

Nicht zur vollen Zufriedenheit ist die Teilrevision des kantonalen Familienzulagengesetzes ausgefallen. Anlässlich der Juni-Session 2008 hat der Grosse Rat zwar die Kinderzulagen auf 220 Franken und die Ausbildungszulagen auf 270 Franken pro Monat erhöht. Alle weitergehenden und berechtigten Forderungen des VBS wurden demgegenüber nicht berücksichtigt. Damit hat Graubünden es ein weiteres Mal verpasst, ein klares Zeichen für einen sozialpolitisch notwendigen und gerechten Familienlastenausgleich zu setzen.

Im Anschluss an diese Ausführungen übernimmt Vizepräsident Andreas Cabalzar das Wort und fragt die Versammlung an, ob weitere Erläuterungen zum Jahresbericht gewünscht werden. Da dies nicht der Fall ist, beantragt er der Versammlung, den Jahresbericht zu genehmigen. Diesem Antrag wird mit Applaus zugestimmt.

5. Jahresrechnung, Revisorenbericht und Déchargeerteilung

Die Jahresrechnung 2008 wird von Präsident Gion Cotti vorgestellt. Der Jahresabschluss weist einen Verlust von 5'483.40 Franken aus und das Vereinsvermögen beträgt per 31. Dezember 2008 92'519.23 Franken. Veranschlagt worden war für das Jahr 2008 ein Mehraufwand von 3'300 Franken. Gemäss den Ausführungen des Präsidenten hatte der VBS auf seinen Wertschriften einen Buchverlust von rund 12'000 Franken zu verzeichnen. Bewertet wurden diese Wertschriften zum Marktwert per Ende 2008. Bei mehreren anderen Positionen konnte der VBS demgegenüber höhere Erträge verzeichnen oder musste die veranschlagten Mittel nicht ausschöpfen. Daher resultierte - trotz Wertschriftenverlust - lediglich ein Mehraufwand von rund 5'500 Franken.

Revisor Albino Plozza verliest anschliessend den Revisorenbericht 2008, welcher ebenfalls im Jahresbericht enthalten und von ihm und Rechnungsrevisorin Therese Braschler unterzeichnet ist. Albino Plozza stellt der Versammlung den Antrag, die Jahresrechnung 2008 zu

genehmigen und dem Vorstand Décharge zu erteilen. Die Jahresrechnung, die Bilanz und der Revisorenbericht 2008 werden von der Generalversammlung in der Folge einstimmig genehmigt. Ebenso wird dem Vorstand Décharge erteilt.

6. Jahresbeiträge 2010 und Voranschlag 2010

Der Präsident betont, dass nach den guten Jahresabschlüssen der letzten Jahre kein Grund für eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge besteht. Daher beantragt er, die Höhe der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2010 unverändert zu belassen, nämlich für Aktivmitglieder bei 45 Franken und für pensionierte Mitglieder bei 33 Franken. Für Passivmitglieder soll der Jahresbeitrag - unter Vorbehalt der Genehmigung der neuen Verbandsstatuten - wie bei den Aktivmitgliedern 45 Franken betragen. Diese Anträge werden von der Generalversammlung einstimmig genehmigt. Zustimmung findet auch der Voranschlag 2010, welcher Mehreinnahmen von 2'600 Franken vorsieht.

7. Revision der Vereinsstatuten

Gion Cotti weist vorweg darauf hin, dass die geltenden Vereinsstatuten nur wo nötig und sinnvoll angepasst worden sind. Der Vorstand hat sich jedoch entschlossen, der Generalversammlung aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit in formeller Hinsicht eine Totalrevision der geltenden Statuten zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Gegenstand der Beschlussfassung bildet der Statutenentwurf des Vorstands in der Fassung vom 5. November 2008. Dieser Statutenentwurf ist allen Vereinsmitgliedern zusammen mit der Einladung zur Generalversammlung zugestellt worden. Der Präsident gibt sodann der Versammlung die Möglichkeit, den Statutenentwurf zu beraten und Änderungsanträge einzubringen. Davon wird kein Gebrauch gemacht und die neuen Verbandsstatuten werden einstimmig in der vorgelegten Fassung angenommen.

8. Ersatzwahlen Vorstand

Der Präsident weist vorweg darauf hin, dass die laufende Amtsperiode bis zur Generalversammlung 2010 dauert. Auf die heutige Generalversammlung haben Franco Giacometti und Oskar Kaiser ihre Demission als Vorstandsmitglieder eingereicht. Gion Cotti dankt ihnen für die geleistete Arbeit und diese wird auch von der Versammlung mit einem kräftigen Applaus verdankt. Weiter gibt Gion Cotti bekannt, dass der Vorstand Josef Senn als Vertreter der Pensionierten und Reinhard Stoffel, Zeichner-Konstrukteur beim kantonalen Tiefbauamt, als neue Vorstandsmitglieder nominiert hat. Aus der Versammlung erfolgen keine weiteren Nominationen und Josef Senn und Reinhard Stoffel werden mit Applaus in den Vorstand gewählt.

9. Umfrage und Verschiedenes

Präsident Gion Cotti gibt bekannt, dass der Pensioniertenausflug am 17. September 2009 stattfindet. Anschliessend lädt er zu Wortmeldungen aus der Versammlungsmitte ein. Davon wird Gebrauch gemacht und die Frage aufgeworfen, weshalb das Pensionskassengebäude an der Daleustrasse ein Jahr leer gestanden ist. Vizepräsident Andreas Cabalzar führt dazu aus, dass diese Liegenschaft nicht sofort, sondern erst im März 2009 verkauft werden konnte.

Zum Schluss dankt Gion Cotti allen Anwesenden für die Teilnahme an der Generalversammlung. Ein besonderer Dank geht an die Vorstandsmitglieder, an die Mitglieder der Revisionsstelle, an die Leiterin des Sekretariats und an die Kapelle Brüesch für die musikalische Untermalung. Damit sind die statutarischen Geschäfte abgeschlossen.

Im Anschluss an die statutarischen Sachgeschäfte orientiert Werner Finck, Vorsteher des Personalamtes, die Anwesenden über anstehende Personalfragen. Dann übergibt Gion Cotti das Wort an Regierungsrat Claudio Lardi, welcher in seiner Ansprache die kompetente und mit grossem Engagement verrichtete Arbeit des Staatspersonals hervorhebt und verdankt.

Chur, 27. März 2009

Der Aktuar

Andreas Cabalzar

